

SCHULE UND HOCHSCHULE

Ärger für Spender

Stifterverband warnt vor Steuerplänen

Vor den umstrittenen Steuerplänen der Bundesregierung warnt nun auch der Stifterverband. „Verheerende Folgen für die Wissenschaft“, befürchtet Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbands. Nach dem Willen von Rot-Grün sollen künftig nur noch Sponsormittel, nicht aber Spenden von Körperschaften (im wesentlichen Aktiengesellschaften und GmbH) steuerlich anrechnungsfähig sein. Das bedeutet, dass für die Zuwendung eine Gegenleistung – beispielsweise in Form von Werbung – bestehen muss. Die Abzugsfähigkeit von Privatspenden soll unangetastet bleiben. In der Vergangenheit hätten, so Erhardt, die Spenden der Wirtschaft einen Betrag von rund einer Milliarde Euro erreicht; sollte die Bundesregierung bei ihren Plänen bleiben, mache sie deutlich, dass sie auf das gemeinnützige Engagement der Wirtschaft keinen Wert legt. Der Kanzler der Universität Karlsruhe, Dietmar Ertmann, äußert sich dagegen gelassen: „Ob die Studenten künftig einen Hörsaal oder einen Siemens-Hörsaal besuchen, ist uns egal. Lästig würde es jedoch, wenn wir bei einer Bücherspende in jedem Exemplar eine Widmung schreiben müssten.“ Aus psychologischer Sicht jedoch seien die Steuerpläne ein verheerendes Signal. *jaja*

Zwölf sind genug

Sachsen-Anhalt will früheres Abitur

Ein gebracht ist es, und echte Zweifel, dass es durchkommt, hat niemand mehr: Sachsen-Anhalt bekommt ein neues Schulgesetz – und kehrt damit zum Abitur nach zwölfjähriger Schulzeit zurück. Schon in der DDR hatte es das Reifezeugnis ein Jahr früher als im Westen gegeben. Die ersten neuen 12er-Abiturienten werden voraussichtlich 2007 ihren Abschluss machen – und müssen dafür auch Abschied vom bisherigen Kurssystem nehmen. „Entscheidendes Kernstück der Reform ist die umfassende Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe hin zu verbindlichen Kernfächern im Klassenverband“, sagte der parteilose Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz. Dabei sei jedoch auch in der Übergangsphase sicher gestellt, dass das sachsen-anhaltinische Abitur bundesweit anerkannt werde.

Communicator gesucht

Stifterverband lobt 50 000 Euro aus

Stifterverband und Deutsche Forschungsgemeinschaft suchen zum vierten Mal den besten deutschen Wissenschaftsdarsteller: Der 50 000 Euro schwere Communicator-Preis soll an eine Person gehen, die sich „in hervorragender Weise um die Vermittlung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse in der Öffentlichkeit bemüht haben“. Ausgezeichnet wurden in der Vergangenheit unter anderen der Gründer eines Mathematik-Museums sowie ein Geowissenschaftler, der seit Jahren besonders eng mit Schulklassen zusammen arbeitet. Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2002, weitere Informationen unter www.dfg.de.

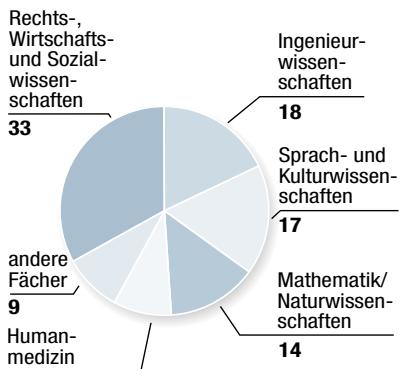
Frischer Wind für Uni

CHE ruft Studenten zum Wettbewerb auf

Jetzt sollen die Betroffenen ran: Das Gütersloher Centrum für Hochschulreform (CHE) will die Hochschulreform mit Hilfe der Studierenden vorantreiben und schreibt deshalb einen Ideenwettbewerb aus. Unter dem Motto „Küss die Uni wach – Ideen für die Hochschule von morgen“ sind Studenten aller Fachbereiche zur Teilnahme aufgerufen. Gefragt sind dabei maximal zehnseitige Beiträge, die besonders innovative Vorschläge oder konkrete Reformkonzepte beschreiben. Das CHE hat für die Gewinner des Wettbewerbs Preisgelder in Höhe von 15 000 Euro bereit gestellt; Einschluss ist der 28. Februar 2003. Mehr Informationen unter www.kuess-die-universitaet.de. *him*

Im Jahr 2001 haben insgesamt 208 100 Studenten ihr Studium erfolgreich abgeschlossen

Angaben in Prozent



Veränderungen gegenüber 2000 in Prozent

-15,3	Physik
-9,7	Chemie
-9,1	Elektrotechnik
-8,9	Maschinenbau/Verfahrenstechnik
+4,5	Informatik

SZ-Grafik: Bichlmeier / Quelle: Statistisches Bundesamt



Die Business School der Harvard Universität nennt Präsident Summers vorbildlich, bietet sie doch gewinnbringend Seminare für bis zu 50 000 Dollar an. Nun sollen andere Bereiche der renommierten Hochschule umgedreht werden.

Foto: David Ausserhofer

Die Saga Summers, Teil eins

Ein Jahr im Amt, sieht sich der einflussreiche Harvard-Präsident mit Diskussionen über die Israel-Politik konfrontiert

Von Stefanie Friedhoff

Ich bin jüdisch, per Identität, aber nicht besonders fromm“, las der Universitäts-Präsident vor der versammelten Harvard-Gemeinde. „Anti-Semitismus kam in meinem Leben bislang nicht vor. Noch vor ein oder zwei Generationen wäre es undenkbar gewesen, dass Harvard einen jüdischen Präsidenten haben könnte. Ich dachte deshalb stets, dass Aufklärung und Toleranz sich inzwischen weit verbreitet hätten. Heute bin ich mir nicht mehr so sicher...“

Lawrence Summers hatte Ort und Anlass wohl gewählt, seine Worte fanden ihren Weg bis nach Washington und Alaska. Dabei ist öffentliche Kritik eines Harvard-Präsidenten an den Mitgliedern seiner Hochschule ein Tabu der Eliteschule. Streitigkeiten werden gewöhnlich intern geregelt. Zumindest galt dies bis zur Ära Summers. Doch nun sind seine Äußerungen – eine Reaktion auf die Unterschriftenaktion von 69 Harvard-Professoren, die fordern, die Universität solle wegen der umstrittenen Politik der Sharon-Regierung sämtliche Investitionen in israelische Firmen aussetzen – öffentliches Diskussionsthema.

Schon fragt man sich deshalb auf dem malerischen Campus in Cambridge, ob der Wirtschaftswissenschaftler Lawrence Summers gerade eine Lehre aus seinem ersten Jahr als 27. Präsident der Hochschule zieht. Ein Jahr, das wie der Familienvater inzwischen selbst mit süffisantem Lächeln eingestellt nicht gerade die medienpolitische Krönung seiner ansonsten durchaus imposanten Karriere war. Einen „Elefanten im Porzellanlaken“ etwa hatte man der *Boston Globe* ihm genannt, einen „arroganten, groben Klotz“ das Magazin *Newsweek*.

Die Liste der Kritikpunkte ist lang: Wunderkind Summers, einst mit der 28. der jüngste ordentliche Harvard-Professor habe kein Händchen für die Führung von Akademikern. Er würde prominente Professoren nicht anziehen, sondern verjagen – wie Cornel West, den Star der

Schwarz-Amerikanischen Intellektuellen (jetzt in Princeton), oder Jeffrey Sachs, einen international bekannten Wirtschaftswissenschaftler (jetzt an der Columbia Universität in New York).

Summers, so seine Opponenten weiter, sei zudem reaktionär: Er habe kein Interesse an Gleichstellung und Förderung von Minderheiten. Er bemängelt arroganter die Inflation der Zensuren, er kompromittiere die moralischen Grundprinzipien der Hochschule, indem er der US-Armee neuerdings erlaube, auf dem Campus zu rekrutieren.

Lawrence „Larry“ Summers, fast Eins-neunzig groß und von umfangreicher Statur, rückt sich in seinem hölzernen Stuhl gerade. „Und ich hatte mich darauf verlassen, dass dies eine geheimniskrämerische Eliteschule ist“, sagt er ironisch. „Nun weiß ich, dass man als Harvard-Präsident von der ganzen Nation beobachtet wird.“ Beobachtet, kritisiert, attackiert. So ist das wohl, wenn man nicht nur eine Hochschule, sondern auch einen Mythos verwaltet. Harvard, gut 150 Jahre älter als die Verfassung der USA, hat sich über die Jahrhunderte nicht nur krakengleich in alle einflussreichen Kreise der amerikanischen Gesellschaft ausgebreitet, sondern auch tief in die Wahrnehmung der Bürger eingegraben. Als die Mutter aller US-Universitäten und damit einer der zentralen Orte, an dem sich Amerika stets neu definiert.

Grenzenlos ambitioniert

Larry Summers lehnt sich entspannt zurück und grinst. Endlich wird die Sache spannend. Der Neffe zweier Nobelpreisträger und Minister unter US-Präsident Bill Clinton ist bekannt für seine grenzenlosen Ambitionen. Er will Harvard zu einer modernen Universität machen. Nein, zur einer globalen Universität – der besten in der Welt.

„Als erstes“, sagt er und beugt sich komplizenhaft nach vorn, „müssen wir uns wieder mehr auf die Lehre konzentrieren.“ 60 zusätzliche Professoren sol-

len allein in der humanistischen Fakultät eingestellt werden, um das Verhältnis von Professoren zu Studenten aufzubessern, das hier mit eins zu 13 schlechter ist als etwa in Yale und Princeton. Dazu will Summers das Einstellungssystem insgesamt ändern. Harvard soll nicht länger allein etablierte Größen ihres Faches von anderen Universitäten abwerben, sondern selbst gute junge Kräfte aufbauen.



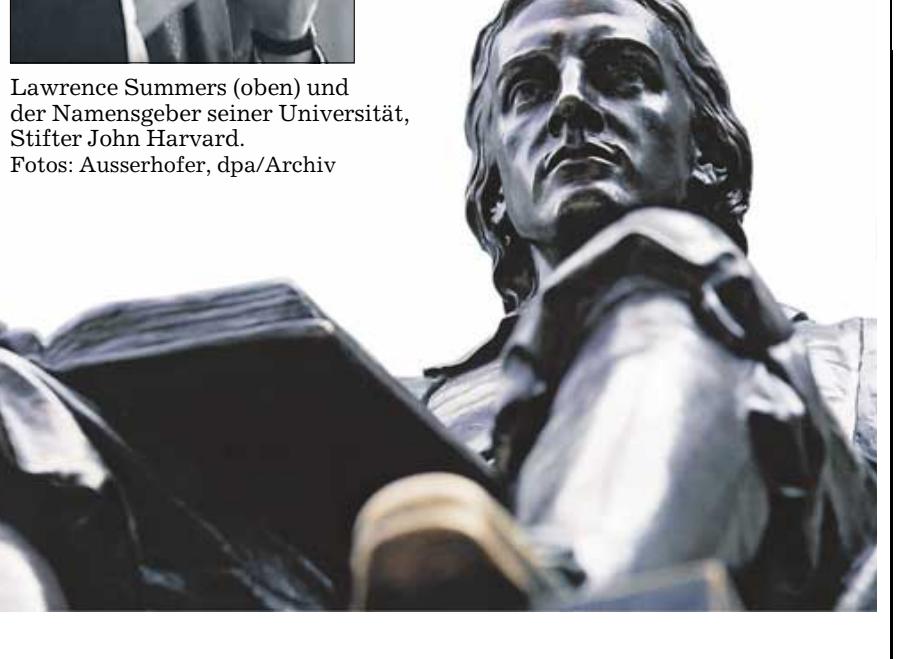
Lawrence Summers (oben) und der Namensgeber seiner Universität, Stifter John Harvard.

Fotos: Ausserhofer, dpa/Archiv

„Wir brauchen mehr Leute, deren zukünftige Arbeit vielversprechend ist, nicht die vergangene“, verlangt er.

Dann kommt er zum Kernstück seiner Pläne. Es verbirgt sich hinter Harvards eiligen Investitionen in neue Gebäude, Mitarbeiter und Forschungsmittel für naturwissenschaftliche Labors. Summers will die Hochschule – traditionell eher ein Ort theoretischer Forschung, von der Business und der Kennedy School of Government einmal abgesehen – zum Zentrum der Medienwissenschaft „Life Sciences“ machen. Für Harvard ein einschneidend institutioneller Wandel, da angewandte Forschung, die sich schnell in Patente etwa für Medikamente umsetzen lässt, lange als „unwissenschaftlich“ verpönt war.

Das nahe gelegene Massachusetts Institute of Technology zum Beispiel bezieht inzwischen einen substantiellen Teil seines Vermögens aus solchen Patentrechten.



John Harvard statue at Harvard University.

Fotos: Ausserhofer, dpa/Archiv

Das andere Gesicht der Erziehungswissenschaft

Die Disziplin ist weder praxis- noch politikfern, sie kümmert sich um Probleme des Schul- und Studienalltags – eine Replik auf Hans Weiler

Hans Weiler hat in der SZ vom 8. Oktober einen Artikel veröffentlicht, der von Vorurteilen gekennzeichnet ist und in mehrfacher Hinsicht der Korrektur bedarf. Zunächst ist einzuräumen, dass es auch in der Erziehungswissenschaft noch Probleme zu lösen gibt, und dass der empirischen Bildungsforschung nicht die ausschließliche Aufmerksamkeit geschenkt wird, die Weiler offensichtlich vorschwebt. Eine solche Reduktion auf eine Richtung findet sich aber auch in anderen Disziplinen nicht.

Betrachtet man im Detail die Argumente, die Herr Weiler vorbringt, dann ist anzumerken: Zwar ist es zutreffend, dass das Max-Planck-Institut in Berlin wesentliche Anstöße für die gegenwärtige Diskussion über das Bildungssystem mit verursacht hat. Zu nennen wäre hier ebenfalls das Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel. Aber schon ein Blick in die entsprechenden Publikationen zu den internationalen Studien Timss und Pisa zeigt, dass an den Untersuchungen sowie der Darstellung der Ergebnisse an Hochschulen teilnehmende Erziehungswissenschaftler beteiligt sind.

Untersuchungen beispielsweise in Hamburg und in den neuen Ländern, derzeit auch in Bayern zur Lernausgangslage am Beginn der Sekundarstufe I, zum Erfolg der unterrichtlichen Arbeit in der Stufe und zur Schulentwicklung werden von Erziehungswissenschaftlern verantwortet. Die hier stellvertretend benannten Beispiele zeigen, dass sich der Autor nicht angemessen über den Gegen-

stand informiert hat, zu dem er Position bezieht.

Wenig tragfähig ist die Argumentation in Bezug auf die beklagte Politik- und Praxisferne deutscher Erziehungswissenschaftler, die dazu beiträgt, dass die Politik ihre Entscheidungen nicht auf solide Forschung aufbauen können. Selbstverständlich ist die Erziehungswissenschaft in verschiedenster Form in die Politik- und Praxisberatung eingebunden. Wichtige Gutachten für die Kultusministerkonferenz sind etwa von Erziehungswissenschaftlern verfasst worden. Aber es wäre sicher zu begrüßen, wenn der wechselseitige Bezug von Erziehungswissenschaft, Politik und Praxis weiter intensiviert werden könnte.

Aus Sicht der internationalen Bildungsforschung kann die Erziehungswissenschaft nicht auf die Schule begrenzt bleiben.

Die Kompetenzentwicklung über die Lebensspanne ist eine politisch und praktisch enorme Herausforderung, der sich die Erziehungswissenschaft neben der Schulpädagogik unter anderem in den wichtigen Bereichen der Sozial- und Medienpädagogik und vor allem der Weiterbildung seit Jahren intensiv widmet. Diese gesellschaftlich, aber auch für die Beschäftigungschancen der jungen Pädagogen wichtigen Praxisbereiche ignorieren Weiler.

Vollends obsolet ist das Argument, die

Historisch gesehen ist Lawrence Summers mitnichten eine Besonderheit“, meinen die Harvard-Historiker Phyllis und Morton Keller. „Unsere Präsidenten waren noch nie besonders warmherzige, diplomatische Charaktere, mit Ausnahme von Neil Rudenstine vielleicht. Aber sie alle veränderten Harvard nachhaltig.“

Charles W. Eliot etwa (Präsident von 1867 – 1908), zuvor Chemieprofessor am Massachusetts Institute of Technology, machte aus dem Harvard College eine Universität mit Graduiertenschulen. Er schaffte das starre Curriculum ab und führte Wahlfächer, Freiheiten für Studenten ein. Abbott Lawrence Lowell (1908 – 1933), zuvor Politik- und Juraprofessor an Harvard, hingegen war ein strenger Gegner des Laissez-faire-Ansatzes. Er ergänzte das Curriculum durch Konzentrationsvorgaben, umfangreiche Examens, starre Studienregeln. Lawrence veranlasste zudem den Bau der größten Universitätsbibliothek der Welt, Widener Library, und die Errichtung von Residenz-Wohnheimen nach englischem College-Vorbild.

Harvard-Chemie-Professor James B. Conant (1933 – 1953) verwandelte die Universität gegen großen Widerstand von der Edelschule der Bostoner Elite in eine meritokratische Universität nach deutschem Vorbild. Er machte aus dem Herrenclub Harvard so ein erfolgreiches, weltweit anerkanntes Bildungsinstitut.

Nathan M. Pusey (1953 – 1971), zuvor Präsident des Lawrence College, brachte nach dem Krieg Wachstum, Wohlstand und Erfolg nach Harvard. Er trieb das Fundraising auf einen neuen Rekord (82,5 Millionen Dollar) und verdoppelte den Marktwert des Stiftungsvermögens.

Pusey erlaubte erstmals regierungsfinanzierte Forschungsprojekte und wurde heftig kritisiert, als er scharf gegen Vietnam-Gegner unter den Studenten vorging.

Derek C. Bok (1971–1991), leitete vor seinem Amtsantritt die Law School. Er schuf die „Worldly University“, begleitend zur Meritokratie, indem er die Förderung von Frauen und Minderheiten einföhrte, die Annahme von Ausländern erleichterte. Bok erweiterte auch die junge Kennedy School of Government. Er ließ die Mellon Foundation, hob das Fundraising Niveau erneut auf einen historischen Level (2,6 Milliarden Dollar). Er löste die institutionelle Trennung zwischen Harvard und Harvards Frauen-College Radcliffe auf und integrierte das Institut in die Universität.

friedhof

SZ20021022SS483104